

Spandauer Zeitung

Einzelnnummer 10 Pfennig

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Postlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark ausd. Postgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Ausperrung hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Nacherstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Südrath & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Kahn, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amthliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden.

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Lindenborger Straße 101. Returort: alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen.

Wöchentlich: „Spandauer Wochenblatt“, „Spandauer Wochenzeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“, 14-tägig: „Teden- und Monatsblätter“, „Die Welt der Arbeiter“.

Nummer 27.

Montag, 2. Februar 1931.

38. Jahrgang.

Luftwaffen rings um Deutschland!

Auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz vom November 1930 erklärte allen Ernstes der Vertreter Frankreichs, daß die zivile Luftfahrt eine entscheidende Angriffsflugwaffe darstellt, während das militärische Flugwesen lediglich Verteidigungszwecke diene. Mit dem Hinweis auf die zivile Luftfahrt ist natürlich Deutschlands gut entwickelte Verkehrsflugwaffe gemeint. Vergewaltigen wir uns also einmal, wie die übrigen europäischen Staaten sich gegen die furchtbare Bedrohung zu sichern versuchen, die Deutschlands Verkehrsflugwaffe für sie bedeutet, die über ein paar hundert Passagiere und Sportflugzeuge verfügt, die sich in bezug auf Geschwindigkeit und Steigfähigkeit zu den durchschnittlichen Militärflugzeugen etwa so verhalten, wie eine Straßenbahn zu einem D-Zug.

Nach der Ueberfahrt, die die „Die Luftmacht“ alljährlich über die Weltluftfahrt und den Stand der internationalen Luftfahrzeuge macht, beträgt die Gesamtzahl der Militärflugzeuge einschließlich der Militärflugzeuge Ende 1930 in Frankreich 2700, in England 2400, in Italien 1115, in Polen 1000, in der Tschechoslowakei 600, in Rußland 1700, in Belgien 300, in Holland 200, in der Schweiz 200, in Spanien, Südamerika und Rumänien je rund 450; der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß die entsprechenden Ziffern für die V.S.Amerika 3100, für Japan 600 betragen. Dabei ist zu sagen, daß all diese Ziffern in hohem Maße überschätzt sind, die auf der niedrigsten Grundlage angelegt sind. Sämtliche europäischen Staaten zeigen in zunehmendem Maße die Neigung, den Ueberblick über ihre Militärflugzeuge zu verschleiern, ja nach Möglichkeit zu verhindern. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß z. B. in dem Militärjahrbuch, das angeblich die wahrheitsgetreue Wiedergabe der Rüstungen aller im Völkerbund vereinigten Staaten bringen soll, von der Tschechoslowakei vollkommen unwahre Angaben gemacht worden sind, indem dort nur von 4 Fliegerregimentern gesprochen wurde, während es sich in Wahrheit um 15 bis 20 handeln muß.

Was es aber mit der grotesken Behauptung des französischen Vertreters bei der Abrüstungskonferenz, auf sich hat, die Militärflugwaffe diene lediglich Verteidigungszwecken, geht mit noch viel größerer Deutlichkeit aus den organisatorischen Veränderungen hervor, die beim Militärflugwesen in Frankreich während des letzten Jahres vorgenommen worden sind. Die endgültige Organisation liegt noch nicht fest, allein die Tatsache, daß als oberste Stelle für die Militärflugwaffe ein Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte mit dem Rang eines Kommandierenden Generals geschaffen worden ist, läßt bereits erkennen, daß man in Frankreich beginnt, das Militärflugwesen als selbständigen, beinahe gleichberechtigten Faktor neben, wenn nicht sogar über das Heereswesen zu stellen, wobei mal wieder geiaht sein mag, daß der französische Lufthaushalt für das Jahr 1931 nicht weniger als zwei Milliarden Franken gleich 330 Millionen Mark beträgt. Über das hinaus hat Frankreich im vergangenen Jahre aus den vier vorhandenen Bombenregimentern — Flugzeuge also, die nur als Angriffsflugzeuge in Betracht kommen — eine selbständige „Fliegergruppe der Hauptreserve“ gebildet. Auch damit scheint noch nicht genug gesehen zu sein. Eine der maßgebendsten französischen Fachzeitschriften fordert, daß in diese selbständige Hauptreserve noch zwei Bombenregimentern, sechzehn Jagdabteilungen, sieben bis acht Bombenstaffeln der Marineflieger einbezogen werden. „Auf diese Weise würden wir dann eine geschlossene Reihe von 70 Staffeln bekommen, welche der italienischen Luftfahrt überlegen wäre.“ Hier erkennt man, wohin der Kurs geht, und wie lächerlich der Vorwand ist, sich vor den Kriegsvorbereitungen zu verstecken. Verkehrsflugzeugen Deutschlands schaden zu müssen.

Bestand und Organisation der englischen Luftstreitkräfte haben sich im vergangenen Jahre nicht wesentlich verändert. Welche Erfolge man aber mit der stillen und stilleren Ausbildungsarbeit erreicht hat, haben die Luftwaffen in London im August 1930 bewiesen, die einen „Luftkrieg“ zwischen zwei benachbarten Staaten zur Grundlage hatten, und bei denen trotz rüstungslosem Einsatz bei schlechtestem Wetter der Angriffsplan fast reiblos durchgeführt werden konnte. In Italien ist mit dem Jahre 1930 das „Hinführungsprogramm“ für den endgültigen Ausbau der Luftstreitkräfte abgeschlossen; schon am 25. Juni 1929 aber wurde ein neues „Gesetz über die Neuordnung der Luftmacht“ angekündigt, das der Erkenntnis Rechnung tragen soll, daß bei der rapiden Weiterentwicklung der Luftfahrttechnik eine Bindung an festgelegte Zeitpunkte nicht einschalten werden kann, sondern daß die verantwortlichen Stellen selbständig jede erforderliche scheinende Maßnahme für die Modernisierung der Luftwaffe vollziehen müssen. Sehr bedenklich — weil durch tatsächliche Leistungen bestätigt — ist aber die Mitteilung des italienischen Luftministers, daß Italien am 1. Januar 1931 eine Fliegerflotte haben werde, die nur allerbeste Flugzeuge ihr eigen

Der Wunschzettel der Parteien.

Berlin, 2. Februar. Die Woche der gewaltigen Entscheidungen, die Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Kölner Rede angekündigt hat, bricht an. Noch hat es nicht den Anschein, als ob der Reichstag, so wie er ist, sich wird zusammenreihen können, um Entscheidungen von gewaltigem Ausmaß zu treffen. Im Gegenteil, wenn der Haushaltsplan und die Hilfsfrage glatt durchgehen, wird das schon sehr viel sein.

Die Mitglieder des Reichstags, ausgeruht in langen Ferien, schären sich um ihre Führer und brennen darauf, die in langen Wochen überhäufte Last im Kampfe um den Haushaltsplan zu entladen. Vielleicht nur, um der Welt aufs neue zu zeigen, wie wenig es heute auf sie ankommt, in diesen Tagen überhäufte Last, in denen es doch ganz und nur auf sie ankommen müßte. Man hat die aufgeregten Gerüchte über eine bevorstehende Brüning-Liste rasch demontiert. Aber trotzdem bleibt bestehen, daß der Reichstag jetzt über sich selbst urteilen soll; was kommt, wenn er verjagt, mag man nennen, wie man will. Ein Parlament, das sich über den Haushaltsplan nicht zu einigen vermag, hat seinen Zweck verfehlt. Es geht heute ebensowenig, wie im Herbst oder wie im Sommer, darum, ob das Kabinett Brüning gestützt werden kann oder gestürzt werden soll, sondern darum, ob der Reichstag imstande ist, eine Arbeitstheorie Mehrheit zu bilden.

An dem Verhältnis des Kabinetts zu den Parteien hat sich nichts geändert. Es ist die rechte Liebe nicht, sondern eine ganz gemessene Grundhaftigkeit mit sehr vielen und starken Vorbehalten. Abgesehen von denjenigen, denen die ganze Richtung nicht paßt, hat jeder an diesem Kabinett irgend etwas auszufehen. Dem einen gefällt es nicht, daß Deutschland immer noch zum Völkerbund gehört, den anderen ist der Finanzminister zu generös im Geldausgeben, dort möchte man den Landwirtschaftsminister aus dem Kabinett heraus haben, weil er Sozialpolitik treibe, als gebe es in Deutschland keine Industrie, dort wieder steht man ihn nicht gern, weil man ihm vorwirft, er habe die landwirtschaftlichen Belange denen der Ausfuhrindustrie untergeordnet. Allen recht und wohlgefallen, ist eine Kunft, die niemand kann.

Daß der Reichslandbund die Agrarmaßnahmen des Kabinetts ablehnen würde, kommt nicht überraschend. Die

gestern vom Vorstand des Reichslandbunds gefasste Entschließung liegt in der Linie der Rückorientierung des Landbunds in die deutschnationale Front. Es wird in der Entschließung erklärt, daß sich die Lage der Landwirtschaft von Monat zu Monat verschlechtert habe. Die gegenwärtige Reichsregierung, die den einseitig händlerisch und ausfuhrindustriell eingestellten Interessen erlaube, habe sich dadurch mit schuldig gemacht und durch ihre Versagen das deutsche Landvolk aufs schwerste enttäuscht und tiefsten Mißtrauen erweckt. Die Verhandlungen der letzten Tage über neue Agrarmaßnahmen könnten an diesem Urteil nichts ändern. Der Reichslandbund kämpfe um eine Reichsleitung, die sich freimacht von den bisherigen schädigenden Einflüssen und Abhängigkeiten und fordere daher den Rücktritt einer Regierung, die nicht sofort und ungeschmäלט diese Forderung zur Tat mache. Nach dem jahrelangen Ton dieser Entschließung ist wohl als sicher anzunehmen, daß die Abgeordneten des Landbunds gegen die Regierung stimmen werden.

Die Sozialdemokraten wollen gegen den Haushaltsplan stimmen, wenn die Regierung sich heute für den großen Plan der Stille entscheidet. Ungewis ist noch, was die Deutsche Volkspartei tun wird, wenn Dingeldens nach der für heute angeordneten Unterredung mit dem Reichskanzler der Fraktion berichten muß, daß die geordneten 300 Millionen vom Haushaltsplan nicht abgetrieben werden.

Von Regierungsstelle verlautet nun, daß Reichskanzler Dr. Brüning bereits in seiner ersten großen Rede vor dem Reichstag erklären wird, daß die Regierung entschlossen sei, wenn der Reichstag ihr das parlamentarische Arbeiten nicht ermögliche, das Parlament zu verlagern und den Haushaltsplan durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Das klingt wie eine Drohung an den Reichstag. Aber mehr als einmal hat man in politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Parteien heute — zum Teil wenigstens — keine Drohung darin sehen, sondern wünschen, daß sie wahrgemacht werde, weil sie die schwere Verantwortung, die heute zu übernehmen ist, gern auf eine Schulter laden möchten, um später, wenn die Scharte des 11. September ausgemerzt werden soll, sich die Hände zu waschen, wie Pontius Pilatus.

nennt. Der Transozeanflug des italienischen Geschwaders hat es bewiesen.

Auch die flugtechnischen Leistungen der tschechoslowakischen Militärflugwaffe verdienen höchste Beachtung. Man verfügt dort über Bombenflugzeuge, die bei einer Tragfähigkeit von 1000 Kilogramm Bomben eine Geschwindigkeit von 270 Kilometer in der Stunde erreichen. Im übrigen ist hier die militärisch-riegereische Bodenorganisation (Flugplätze nahe der deutschen Grenze) von besonderem Interesse. In Polen hat man Einzelleistungen hervorragendster Art entwickelt: Jagdflugzeuge mit einer Geschwindigkeit von 300 Kilometer in der Stunde bei Steighöhen bis zu 8000 Meter. Besonders charakteristisch für die polnische Aktivität in dieser Beziehung ist die Gründung einer „Fliegerakademie für Minderjährige“ in Bromberg am 4. November 1930, wo 14 bis 15jährige Knaben für den Militärfliegerberuf vorbereitet werden.

Hernach errechnet die „Luftmacht“, daß allein Frankreich und Polens Luftstreitkräfte innerhalb 24 Stunden auf — allerdings durch deutsche Verkehrsflugzeuge — verlegte „Geländepunkte“ in Deutschland — mehr als 500 Tausend Bomben auf eine Zone von 500 Kilometer Tiefe geschleudert werden könnten.

Noch immer Gärung in Brasilien.

London, 2. Februar. Die Verhältnisse in Brasilien haben sich noch immer nicht geklärt. Der „Times“-Korrespondent in New York weiß zu melden, daß der Gegensatz gegen die vorläufige Regierung Brasiliens, der in einigen der nördlichen Staaten seit dem Sturz des Präsidenten Dr. Washington Luis im Oktober vorigen Jahres vorhanden ist, im Staate Piauh jetzt tatsächlich zu einem offenen Aufstand geführt hat. Ein Marineoffizier, der von der vorläufigen Regierung zum Kommandeur dieses Staates ernannt und mit ausgedehnten Machtbefugnissen auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung ausgestattet worden war, ist durch einen Staatsstreich der Staatsmacht abgesetzt worden. Die eiferfüchtige Abneigung gegen die Bundesregierung, die in den nördlichen Staaten herrscht, wurde an diesem Tage auf die Spitze getrieben, daß der Nordwest glaubt, bei Zueignung maßgebender Beamtenstellen vernachlässigt worden zu sein. Der Korrespondent fügt hinzu: Die entscheidende Rolle bei der gegenwärtigen Lage wird wahrscheinlich General Suarez Tavora spielen, der im Norden besonderes Ansehen genießt. Teodoro war bei dem Aufstand gegen die Regierung Washington Luis hervorragend beteiligt. Im neuen Kabinett hatte er das Verkehrsministerium übernommen,

dieses aber bereits nach einem Tage wieder aufgegeben, um nach dem Norden zurückzukehren. Recht scheint die Regierung den General ersucht zu haben, die nördlichen Staaten zu beruhigen und sie zur Unterstützung der Bundesregierung zu veranlassen.

Zusammenstöße zwischen Mohammedanern und Hindus.

Kawalpindi (Pundjab), 2. Februar. Zwischen Mohammedanern einerseits und Hindus andererseits kam es in einem Dorfe, etwa 60 Kilometer von hier, zu schweren Zusammenstößen, wobei es viele Tote und Verletzte gegeben haben soll. Ein Sikhoffizier soll lebendig verbrannt worden sein. Der Streit war dadurch entstanden, daß sich das Gerücht verbreitete, ein mohammedanischer Lehrer habe in einem Gehäus Kindfleisch gefressen. (Bekanntlich ist das Kind der Hindus und Sikhs heilig.)

Die indische Bewegung.

London, 2. Februar. „Times“ meldet. Die indischen Delegierten der Konferenz am runden Tisch, die am Freitag in Bombay eintreffen werden, haben beschloffen, einen Aufruf an das indische Volk zu erlassen, in dem die Ergebnisse der Konferenz dargelegt werden. Hervorragende indische Geisteskräfte haben mit Gandhi für diese Woche eine Zusammenkunft vereinbart, bei der sie sich auf den schweren wirtschaftlichen Schaden hinweisen wollen, der bei Fortdauer der jetzigen Bewegung entstehen würde.

Die Sachverständigen im Tausend-Prozess.

München, 2. Februar. Im Tausendprozess wurde heute zu Beginn der dritten Verhandlungswoche die Vernehmung weiterer Sachverständiger fortgesetzt. Zunächst wurde Gerichtsarzt Dr. Flamm gehört, der sich dem Gutachten des Professors Dr. Wehröhm-München anschließt, wonach eine geistige Krankheit bei Tausend nicht vorliegt und der Angeklagte für seine Taten verantwortlich sei. Als erster technischer Sachverständiger wurde sodann Prof. Röntgen von der Technischen Hochschule München vernommen, der einleitend einen Ueberblick über die Entwicklung seiner Beziehungen zu Tausend gab. Auf die von ihm formulierten Fragen bekräftigte der Sachverständige, daß die erzielten geringen Erfolge nichts Außergewöhnliches seien und auf gewöhnliche Art und Weise hätten erreicht werden können. Eine Umwandlung von Materialien durch das Tausendische Verfahren komme auf keinen Fall in Frage; dazu sei die Energie, die Tausend zur Verfügung hatte, viel zu gering gewesen. Der Sachverständige betonte schließlich, daß das Gold nur a) b) c) d) e) während des Schmelzprozesses hinzugefügt worden sein könnte; eine andere Möglichkeit gäbe es überhaupt nicht.